

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

29.3.1889 (No. 87)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 29. März.

№ 87.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der „Karlsruher Zeitung“ nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. H. Agenten fortwährend Bestellungen an.

Preis, wie bisher, in Karlsruhe vierteljährlich 3 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 3 Mark 65 Pf., einschließlich der Bestellgebühr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 28. März.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist die Wehrgesetzdebatte bald an ihrem Ende angelangt, aber es wäre trotzdem verfrüht anzunehmen, daß nun auf den heftigen Sturm eine Windstille in dem Sitzungssaale der ungarischen Volksvertretung eintreten werde. Die Opposition ist entschlossen, den Kampf gegen das Ministerium Tisza mit ungeschwächter Energie fortzusetzen, wozu die nach Erledigung des Wehrgesetzes beginnende Budgetdebatte reichliche Gelegenheit bietet wird. Der Mißerfolg ihres bisherigen Ansturm gegen die Regierung mag die Opposition zu neuen Fortschritten aufstacheln; sie wird aber dann einfach zu dem alten Mißerfolge einen neuen erleben, denn Tisza hat seine Stellung gegenüber der Opposition deutlich und scharf gekennzeichnet: er läßt sich durch die heftigsten Angriffe und durch die erbärmlichsten persönlichen Verunglimpfungen nicht ermüden in seiner Pflicht, die in diesem Falle Ausharren heißt. Tisza ist sich der Pflichten wohl bewußt, die er für seine Landsleute und für die parlamentarischen Grundzüge zu erfüllen hat. Er weiß, welche bedenklichen Folgen ein Zurückweichen der Regierung vor Exzessen, leidenschaftlichen Ausschreitungen und Injulten haben würde; es würde in das parlamentarische Leben eine heillose Verwirrung hineingetragen werden, wenn die Majorität sich vor einer Minderheit beugen sollte, wie es die oppositionellen Politiker Ungarns in so unverfrorener Weise verlangen. Auch in gewissen Kreisen der Opposition dämmert die Erkenntnis auf, daß die Oppositionsparteien, indem sie den Kampf gegen das Ministerium Tisza aus dem Parlamente auf die Straße hinaustragen, nichts erreicht und sich selber nur in heilloser Weise kompromittirt haben; das Auftreten des Böbels scheint eine Spaltung in der Opposition erzeugt zu haben, indem sich die gemäßigten Elemente derselben von den radikalen scharf sondern. Bleibt das bei der Budgetdebatte bestehen, dann werden die Verhandlungen wenigstens einen rascheren, wenn auch keinen ruhigeren Verlauf nehmen wie bei der Wehrdebatte. Die in dem Ministerium eingetretenen Veränderungen gelten als Vorläufer einer weiteren Umbildung des Kabinetts. Das Ministerium ist in einer Art von Hantung begriffen, die es verjüngen und verstärken und in den Stand setzen wird, mit Nachdruck seine Stellung zu behaupten, in der es die konstitutionelle Entwicklung Ungarns und die Interessen des Reiches gegen den Ansturm der Opposition verteidigt.

Der „Polit. Corr.“ zufolge sollen mehrere kürzlich aus Bokhara in Konstantinopel eingetroffene Reisende berichtet haben, daß in jüngster Zeit Bewegungen der russischen Truppen an der afghanischen Grenze in großem Maßstabe vorgenommen wurden, so daß die Stärke der im Gebiete von Herki (am Amu-Daria) zusammengezogenen russischen Truppenabtheilungen auf mindestens 60 000 Mann geschätzt werden müßte. Russischerseits tritt man dieser Meldung entgegen. Wie eine Depesche aus Petersburg uns berichtet, meldet die „Nordische Telegraphen-Agentur“ aus zuverlässiger Quelle, daß die von der „Politischen Korrespondenz“ gebrachten Gerüchte über angebliche Truppenbewegungen an der Grenze Afghanistans vollständig unbegründet seien.

Deutschland.

* Berlin, 27. März. Heute Vormittag unternahmen die Kaiserlichen Majestäten um 9 Uhr eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Von derselben zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, empfing später den Oberjägermeister Fürsten v. Pleß und am Nachmittage um 1 Uhr den Erbjaegermeister der Kurmark Brandenburg, Rittmeister a. D. Guenther v. Jagow.

— Von dem gestrigen parlamentarischen Diner beim Reichskanzler wird noch bekannt, daß Seine Majestät der Kaiser einigen sächsischen Abgeordneten gegenüber sein Erscheinen zum Jubiläum des Hauses Wettin in Aussicht stellte.

— Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin beabsichtigen morgen Abend, nach dem Diner bei dem englischen Botschafter Sir E. Malet, dem zu Gunsten der evangelischen Missionsgesellschaft für Ostafrika in der Philharmonie veranstalteten Konzerte beizuwohnen, dessen obere Leitung der Generalintendant der königlichen Schauspiele Graf Hochberg übernommen hat.

— Im Herrenhaus verlas der Präsident, Herzog von Ratibor ein Danktelegramm Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich. Das Haus erledigte sodann ohne Debatte den Gesetzentwurf über die Abänderung der Amtsgerichtsbezirke und genehmigte die Errichtung eines Amtsgerichts in Kontop. Ferner erledigte das Haus mehrere Petitionen.

— Das Abgeordnetenhaus verwies den Antrag Huene auf Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände nach längerer Berathung, an der die Abgeordneten M. v. Arnswalde, v. Zedlitz, Humann, Kröcher, Graf Kanitz, Dr. Ennecerus und Rieker theilnahmen, an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Der Finanzminister begrüßte den Antrag sympathisch. Er sei damit in der Hauptsache einverstanden, aber eine Defizitwirtschaft müsse ferngehalten werden, die nothwendigen Anfälle seien nothwendig anderweit zu decken. Der Antrag könne nur im Zusammenhang mit einer energischen Steuerreform erwogen werden. Die auf letztere bezüglichen Verhandlungen innerhalb der Regierung seien noch nicht abgeschlossen, aber hoffentlich dem Abschluß recht nahe.

— In dem Befinden des Generalstabsarztes Dr. v. Lauer ist im Ganzen eine kleine Besserung eingetreten, die Schwäche ist noch sehr groß, auch der Appetit noch ganz unbedeutend, doch werden die wenigen Speisen gut vertragen.

— Zur Berichtigung falscher Mittheilungen betreffs des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen schreibt man der „Kölnischen Zeitung“ aus Berlin:

„In Bezug auf die von der Pariser „Agence Nouvelle“ verbreitete, vom „Temps“ und einer Reihe anderer Blätter als glaubwürdig übernommene Nachricht, daß zwischen der deutschen und der französischen Regierung gegenwärtig Verhandlungen stattfänden, welche auf eine Aufhebung oder Erleichterung des Paßzwanges hinielen, bin ich in den Stand gesetzt, Ihnen verbürgt melden zu können, daß diese Ausstellungen vollständig unbegründet sind. Es ist in der That nichts vorgekommen, was zu solchen Nachrichten hätte berechtigen können. Man ist sich hier an leitender Stelle wohl bewußt, daß der Paßzwang für die Bevölkerung Elsaß-Lothringens mancherlei wirtschaftliche und private Unbequemlichkeiten mit sich führt. Aber wie früher bereits auf Grund von Mittheilungen von zuständigen Stellen betont werden konnte: es wäre durchaus irrig, die Paßmaßregel als eine gegen Elsaß-Lothringen und seine Bevölkerung gerichtete Maßregel anzusehen. Die Paßmaßregel ist ein Kind der jetzigen europäischen Friedenspolitik; sie ist dazu berufen, uns den Frieden zu erhalten und sie hat diesen Zweck bisher erfüllt. Es liegt also kein Grund vor, das Gewisse mit dem Ungewissen zu verwechseln. Geändert kann sie nur werden, wenn Frankreich eine der diesseitigen Haltung entsprechende freundnachbarlichere Haltung Deutschland gegenüber einnehmen sollte. Davon sind wir aber noch sehr weit entfernt. Die Elsaß-Lothringer müssen den außerordentlichen, mit bloßen Worten gar nicht zu schildern den Vortheilen gegenüber, welche gerade ihnen die Erhaltung des Friedens bringt, die kleinen Opfer und Unannehmlichkeiten, welche zur Erreichung des großen dauernden Vortheils gebracht werden müssen, entgegen. Nicht weil sie Elsaß-Lothringer sind, sondern weil sie die Anwohner der Grenzen sind, trifft sie der Paßzwang.“

Hamburg, 27. März. Der für die Wisemann'sche Unternehmung angeworbene Dampfer „Martha“ ist heute früh um 10^{1/2} Uhr, wie schon durch ein Telegramm kurz berichtet, vom Kirchenpaar-Staden aus abgegangen. Als sich der Dampfer in Bewegung setzte, stimmten die an Bord desselben befindlichen Mannschaften das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Die auf dem Staden versammelte zahlreiche Menschenmenge rief den Abfahrenden donnernde Hochrufe nach. Sobald der Dampfer die freie Elbe erreicht hatte, brachte einer der auf demselben befindlichen Offiziere ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches alle an Bord befindlichen Personen begeistert einstimmten.

München, 27. März. Nach den „N. N.“ ist Ihre Majestät die Königin-Mutter, leider noch immer schwer leidend, heute von Lugano abgereist und wird Freitag Nachmittags gegen 4 Uhr in Hohenchwangau eintreffen.

Schweiz.

Bern, 27. März. Der Nationalrath genehmigte heute einstimmig den Handelsvertrag mit Italien.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. März. Die „Wiener Abendpost“ erklärt gegenüber den Mittheilungen mehrerer Blätter, daß keinerlei Verhandlungen zwischen dem Unterrichtsminister Gautsch und Professor Eduard Sueß wegen Zurücknahme des von Letzterem eingereichten Entlassungsgefuchs als Rektor der Universität stattgefunden haben.

Pest, 27. März. Das Unterhaus erledigte heute die §§ 26 bis 33 der Wehrvorlage mit unwesentlichen Abänderungen und verwies mehrere Anträge betreffend Erleichterungen des zweiten Dienstjahres der „Einjährig-Freiwilligen“ mit Zustimmung des Ministers Fejerváry an den Wehrausschuß.

Frankreich.

Paris, 28. März. (Tel.) Der angebliche Spion Kilian, welcher kürzlich von dem Zuchtpolizeigericht in Nizza verurtheilt wurde, ist in dem Gefängnisse von Nimes, wo er seine Strafe verbüßte, gestorben. — „National“ behauptet, im Ministerium seien Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Tagesfragen ausgebrochen. (Solche Differenzen sollen zwischen dem Ministerpräsidenten Tirard und dem Finanzminister Rouvier wegen des Verhaltens Rouviers in der Angelegenheit des Kupfertraches, und zwischen dem Kriegsminister Freycinet und dem Justizminister Thevenet in der Frage der boulangistischen Bewegung bestehen. Sie scheinen aber nicht so scharf aufzutreten, um eine theilweise Umgestaltung des Kabinetts zu veranlassen.) — Gestern Nachmittag fand in Suresnes zwischen dem Journalisten Foucher und Duffagary ein Duell statt. Der Erstere wurde an der rechten Brust durch einen tiefen Degenstich verwundet, dem reichlicher Blutverlust folgte. — Die Prozeßverhandlung gegen die Patriotenliga beginnt am 2. April. Die Hauptanklage stützt sich darauf, daß die Liga sich in eine geheime Gesellschaft, die gegen den Staat konspirirt, verwandelt habe. Das Beweismittel für dieselbe bildet nach dem „Figaro“ ein bei einem Delegirten der Liga, Apté, gefundenes autographirtes Manifest, welches nach dem 27. Januar an die Mitglieder der Patriotenliga gerichtet worden war. Das Schriftstück erinnert an den großartigen Erfolg Boulangers in Paris, brandmarkt die Regierung, welche einen schmächtlichen Druck auf die Wählermassen übte, sowie die Abgeordneten, die sich blind und taub stellten. Dann weist es auf die Nothwendigkeit hin, dem siegreichen Boulangismus durch eine äußere Kundgebung zum rascheren Durchbruche zu verhelfen. Wenn die Agitation in der Presse nichts hilft, so ziehe man massenweise vor die Kammer, um die Abgeordneten von ihren Sitzen zu reißen, und setze die Kundgebung vom Palais Bourbon bis nach dem Elyseum fort, wo Herr Carnot, wie einst der Marschall Mac-Mahon, aufgefordert werden soll, zu wählen zwischen der Unterwerfung und dem Rücktritte. Das Alles könne aber nur geschehen, wenn die Patriotenliga verstärkt und ihre ganze Einrichtung so konzentriert wird, daß sie jeden Augenblick zum Handeln gerüstet ist. Es folgt nun der Plan, von dem schon öfter die Rede war, die Eintheilung der Mitglieder der Liga nach Arrondissements, Vierteln, Sektionen, Straßen mit der Bezeichnung der Patrioten, welchen die Leitung anvertraut werden könnte. Mit einer solchen Organisation könnte die Mobilmachung der Streitkräfte in zwei Stunden erfolgen. Verjuchsweise empfiehlt der Verfasser eine Generalprobe mittelst Aufrufen in den befreundeten Blättern. Dies, sagt der „Figaro“, ist der allgemeine Sinn des Manifestes, auf den sich die Anklage hauptsächlich stützt. — „Paris“ meldet: Da der Justizminister einen Bericht eingefordert hatte, um sich zu überzeugen, ob gegen den Kupferring gerichtlich vorgegangen werden könne, hat der Liquidator der Societé des Métaux selbst die nothwendigen Unterlagen geliefert. Die Einleitung des Verfahrens wurde daraufhin beschlossen.

Spanien.

Madrid, 27. März. Ihre Majestät die Königin Viktoria von England traf heute um 1 Uhr in San Sebastian ein und wurde von Ihrer Majestät der Königin-Regentin von Spanien, den Ministern und anderen spanischen Staatswürdenträgern empfangen. Die Musik spielte die englische Nationalhymne. Beide Königinnen begaben sich dann in demselben Wagen nach Schloß Bailen, unterwegs von lebhaften Hochrufen der Menge begrüßt. Eine Deputation der Provinzialvertretung hatte der Königin Viktoria bei ihrer Ankunft ein prächtvolles Bouquet überreicht. Am Nachmittage wohnten die Majestäten auf dem Hauptplatze von San Sebastian den dort arrangirten Nationaltänzen bei und hörten die Gesänge an. Die Königin von England reiste um 5 Uhr wieder ab. Die Königin von Spanien und

die Spitzen der Behörden gaben Allerhöchsterseits bis zum das Geleit. Die gegenseitige Verabschiedung war die herzlichste.

Großbritannien.

London, 28. März. (Tel.) Der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf Bismarck hatte gestern hier eine abermalige Unterredung mit Lord Salisbury und arbeitete vor und nach derselben mit dem kaiserlichen Votschafter Grafen Hafffeld. Graf Bismarck wird erst am Samstag von hier abreisen. (Wiener Blätter haben sich aus Boulogne melden lassen, Graf Bismarck sei von England dort eingetroffen und habe die Reise in der Richtung nach Paris fortgesetzt. Es ist schwer erklärlich, wie dieses Gerücht entstehen konnte. So viel bekannt, wird Graf Bismarck von London direkt nach Berlin zurückkehren und wenn er am Samstag dort abreist, trifft er gerade rechtzeitig zum Geburtstage des Reichskanzlers wieder in Berlin ein. Von einer Reise des Grafen nach Paris ist unseres Wissens in der Presse niemals die Rede gewesen, es wäre auch nicht ersichtlich, was der Staatssekretär in der gegenwärtigen Zeit dort thun sollte.) — Das Programm für die in Birmingham während der Osterwoche stattfindende liberal-unionistische Konferenz ist jetzt endgültig festgesetzt worden. Die erste Versammlung wird am 24. April unter dem Vorsitze Chamberlains im Midland Institut abgehalten, und es werden dem Meeting der Marquis Hartington, Earl Derby, Lord Northbrook, Sir Henry James und eine große Anzahl Peers und Parlamentsmitglieder beiwohnen. Am Donnerstag Abend ist eine große Volksversammlung im Rathhaus anberaumt, in welcher namentlich die irischen Delegirten das Wort ergreifen werden, während am Abend des folgenden Tages die Bingley Hall, welche 13 000 Personen faßt, der Schauplatz einer großartigen Kundgebung sein soll. Bei dieser Gelegenheit werden die Lords Hartington und Derby Ansprachen halten. Es werden über 2 000 Delegirte erwartet, die Nachfrage nach Einlaßkarten ist schon jetzt außerordentlich stark. Zur Deckung der Kosten ist ein Sicherheitsfonds von 3 000 Pfd. St. von wohlhabenden Mitgliedern der Partei gezeichnet worden. — In der letzten Sitzung des Unterhauses berichtete Ferguson auch über die Entsendung Wisemann's und bemerkte, der „Voss. Z.“ zufolge, die Zusammenstöße zwischen der deutsch-österreich. Gesellschaft und den Arabern sollten nicht so hart beurtheilt werden; „trotz unserer großen Erfahrungen in der Kolonisation sind wir“, so sagte Ferguson wörtlich, „nicht immer im Stande gewesen, Konflikte mit Eingeborenen zu vermeiden. Es ist nur natürlich, daß die Deutschen wünschen, Kolonien zu gründen; ich glaube, sie werden damit schließlich Erfolg haben, denn als ich Gouverneur einer britischen Kolonie war, fand ich unter den Deutschen die brauchbarsten, unternehmendsten und ordentlichsten Kolonisten. Hoffentlich wird es dem Reichskommissar, der sich nach Ostafrika begeben hat, um die Operationen zu leiten, gelingen, die unglücklichen Zusammenstöße zu beendigen.“

Rumänien.

Bukarest, 27. März. In der heutigen Sitzung der Kammer kündigte Minister Rosetti die demnächstige Vorlage eines Schriftstückes an, worin Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Fürsten Leopold von Hohenzollern (des Bruders des Königs von Rumänien) die Erklärung abgibt, daß er zu Gunsten seines jüngeren Bruders Ferdinand auf die Thronfolge in Rumänien verzichte. (Der rumänische Senat hat schon am Montag einen Antrag angenommen, welcher dahin geht, den Prinzen Ferdinand von Hohenzollern als präsumtiven Thronfolger der Verfassung gemäß unter die Senatoren aufzunehmen. Prinz Ferdinand ist am 24. August 1865 geboren und gegenwärtig Secondelieutenant im 1. preuß. Garderegiment zu Fuß.)

Serbien.

Belgrad, 27. März. Der frühere Metropolit Michael richtete aus Moskau ein Telegramm an den Regenten Nikitsch, worin er den König Alexander zu dessen Thronbesteigung beglückwünscht.

Amerika.

Washington, 27. März. Präsident Harrison hat zu Gesandten ernannt: in England Robert Lincoln, in Deutschland Murat Halstead, in Rußland Allan Thornby-Rice.

Sien.

Kalkutta, 27. März. Der Finanzminister Indiens legte dem Rathe des Vizekönigs das Budget vor. Das Defizit des vergangenen Jahres beträgt 2 Mill. Pfund. Bezüglich des Silbers bemerkte der Minister, es gebe nur entweder einen dauernden Fortschritt in der Richtung der Demonetisirung des Silbers und Erfaß desselben durch Gold, oder eine Rückkehr zu dem alten bimetalistischen System. Ein Vorgehen der Vereinigten Staaten und der Staaten des europäischen Kontinents könne jeden Augenblick eine Krise herbeiführen. Eine Lösung der Währungsfrage ohne eine internationale Vereinbarung sei unmöglich.

Tokio, 15. Febr. Ueber die Ermordung des japanischen Unterrichtsministers; Vicomte Mori geht der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ von hier folgender Bericht zu:

Seiner wurde die Festrede bei Gelegenheit der Verfassungsverkündung durch einen großen Miston geküßt — die Ermordung des Unterrichtsministers Vicomte Mori durch einen fanatischen Jüngling. Der Vorgang war folgender: Als der Minister sich eben ankeidete, um sich zur feierlichen Verfassungsverkündung in den Palast des Kaisers zu begeben, wollte sich ihm ein junger Mann melden lassen, unter dem Vorgeben, daß er dem Minister eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Der Privatsekretär wollte ihn nicht melden und bestand darauf, den Inhalt der betreffenden Mitteilung zu erfahren. Nach langem

Weigern theilte er mit, daß er gekommen sei, den Minister zu warnen, da eine Anzahl unzufriedener, über den Minister unwilliger Studenten ein Attentat auf denselben an diesem Tage vorhätten. Der Privatsekretär berichtete dies dem Minister, der ihm aber unwillig sagte, daß er auf so unbestimmte Angaben kein Gewicht lege, so daß der Sekretär sich wieder hinunter begab, um weitere Fragen zu stellen. Da kommt der Minister in voller Uniform die Treppe herunter und wie er bei dem Zimmer, wo die Beiden sitzen, vorübergeht, sagt der Privatsekretär: „Das ist der junge Mann!“ Dieser tritt heraus, an den Minister heran und beginnt noch einmal seine Erzählung. Plötzlich umfaßt er den Minister mit dem linken Arm und mit dem rechten rößt er ihm ein scharfes Küchenmesser tief in den Unterleib. Im nächsten Augenblick schon hatte der den Wagen des Ministers stets begleitende Polizist dem Mörder mit einem einzigen Säbelhieb den Kopf gespalten, so daß er sofort tot zu Boden stürzte, während der Minister seine fürchterliche Verwundung noch 24 Stunden überlebte. Der Mörder war erst 25 Jahre alt und ein unterer Beamter im landwirtschaftlichen Ministerium. Nach bei ihm gefundenen Papieren hatte er sich vorgenommen, gerade an diesem Tage eine vor einigen Jahren vom Minister begangene Gotteslästerung zu rächen, die darin bestand, daß er das berühmte alte Heiligthum in Ise mit Stiefeln betrat.

Zeitungsstimmen.

Die „National-Zeitung“ äußert zur Alters- und Invalidenversicherung: „Ein großer Apparat theils beamtet, theils freiwilliger Arbeit wird unter allen Umständen zur Durchführung des Gesetzes erforderlich sein; der Hinweis darauf beweist eben so wenig, wie etwa der auf die mäßige Höhe der Renten, etwas gegen die Maßregel. Auch die alten Aufgaben des Staates haben ihres Apparates bedürft; muß der Staat die Uebernahme neuer Pflichten als notwendig erkennen, so ist die Beschaffung der Einrichtungen zu ihrer Erfüllung eben unerlässlich. Diejenigen Politiker, welche vor zwanzig und noch vor zehn Jahren von einer allmählichen weitgehenden Ablösung der Staatsgewalt durch eine gewissermaßen automatische Thätigkeit der Gesellschaft träumten, werden allerdings durch das in Rede stehende Gesetz abermals ärmer an Illusionen; aber dies ist nun einmal ihr Schicksal. Wir unsererseits erwarten von dem Alters- und Invaliditätsgesetz, und zwar in Verbindung mit der Herstellung der Rechtsgarantien für die politische Thätigkeit auch der Arbeiterklassen, noch keineswegs die Ausrottung der Sozialdemokratie, wohl aber den Anfang der Erkenntniß weiter Kreise der arbeitenden Bevölkerung, daß auch für sie die sicheren Vortheile, welche die bestehende Staatsordnung darbietet, den phantastischen Verheißungen vorzuziehen sind, mit denen man sie für den Umsturz anzuwerben sucht. Den Inhalt dieses Gesetzes sollte man darum, nachdem es zu Stande gekommen, in ganz anderer Weise, als es sonst bei uns üblich ist, zur Kenntniß der Bevölkerung bringen: durch Maueranschlag in allen Gemeinden und durch Verteilung gemeinverständlicher Darstellungen seines Inhalts überall, wo die handarbeitende Bevölkerung damit unmittelbar zu erreichen ist.“

Im Hinblick auf ländliche und kleinstädtische Verhältnisse äußert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Bedenken gegen die Einführung des Befähigungsnachweises für Handwerker und Gewerbetreibende; sie sagt u. A.: „Sowohl auf dem Lande wie in kleinen Städten findet im handwerksmäßigen Gewerbebetrieb vielfach eine weitgehende Kumulierung von Berufsarten, manchmal sogar recht heterogener Natur statt und sie muß stattfinden, wenn einmal die Gewerbetreibenden genügende Beschäftigung und andererseits die Bevölkerung Gewerbetreibende finden soll, die an Ort und Stelle möglichst allen vorkommenden Fällen zu genügen vermögen. Vielfach werden handwerksmäßige Beschäftigungen auch als Nebenberuf betrieben und Produzenten wie Konsumenten sind hiermit zufrieden. So erzählt man uns von einem Bahnwärter, der als Korbflechter einen weiten Kundenkreis hat, ohne daß je Jemand aus letzterem über die handwerksmäßige Berechtigung seines Lieferanten sich den Kopf zerbrochen hätte. Es mag ja sein, daß vielfach diese Gewerbetreibenden es an vollkommen künftgerechter Ausführung fehlen lassen, darauf kommt es ihrer Kunstschaff aber offenbar weniger an, als auf das Vermeiden einer Stadtreise auf dem Lande oder einer Reise nach der Großstadt in den kleineren Städten; das Wesentliche ist, daß man die einfachen Arbeiten möglichst zahlreicher Handwerke am eigenen Wohnort geleistet bekommen kann. In diese historisch erwachsenen und verwachsenen Verhältnisse mit dem Befähigungsnachweise eingreifen zu wollen, dürfte ohne Frage recht bedenklich erscheinen und gerade vom Gesichtspunkte der kleinstädtischen und ländlichen Verhältnisse aus wird gerathen sein, den Befähigungsnachweis auf solche Gewerbe einzuschränken, bei denen die oben erwähnten öffentlichen Interessen für denselben geltend gemacht werden können.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 28. März.

§ (Eisenbahnrat.) Unter dem Vorsitze Sr. Ex. des Herrn Finanzministers Estätter fand heute die XVII. Sitzung des badischen Eisenbahnrathes statt. Auf der Tagesordnung standen:

1. Berathung des Sommerfahrplans 1889.
2. Mittheilung der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen über die mit dem 1. November 1887 zur Einführung gelangte Gebühr für die Abfertigung von Traglasten.

3. Mittheilung der Generaldirektion über die Einrichtung der Beförderung von Stückgütern von und nach für den Güterdienst nicht eingerichteten Stationen.

4. Mittheilungen über die seit Ausgabe des Verzeichnisses der Ausnahmetarife zur Einführung gebrachten weiteren Ausnahmetarife.

5. Festsetzung einheitlicher Grundätze für die Frachtberechnung bei Verwendung von Wagen übernormaler Größe.
6. Einführung ermäßigter Stückgutfrachten für den Exportverkehr über die deutschen Seehäfen.

Weitere Mittheilungen behalten wir uns vor.

*(Das Verordnungsblatt der Generaldirektion der Groß-Badischen Staatsbahnen) Nr. 15 enthält eine allgemeine Verfügung, betr. das Freifahrtwesen, und sonstige Bekanntmachungen, betr. den Winterfahrplan 1888/89, das Verzeichniß der zum Viehtransport verwendbaren Wagen, den Druck und Verkauf von Frachtbriefen, die Beförderung

feuergefährlicher Gegenstände, die grundsätzlichen Entscheidungen in Angelegenheiten des Güterverkehrs, die Rücksendung von Wagen, die Stationsnachweisungen über fremde Wagen, das Fehlen des Bahndienstwagens Nr. 118, die Einstellung von Plattformwagen in den Wagenpark, die Aufstellung des 1889er Materialtarifs, die Inventarisierung von Litteralien, den mitteldeutschen Verband, den Tarif für Telegramme und Personalausdrücken.

Ernannt wurden zu Expeditionsassistenten: Eisenbahnassistenten Expeditionsgehülfe Karl Meyer, sowie die Eisenbahnassistenten Joh. Friedrich Benz, Hermann Rapp, Georg Kraus, Karl Ludwig Etienne, Georg Dollinger, Georg Fleiter und Leo Scherzinger; zum Werkführer: Richard Paul E. Fauche von Berlin; zum Maschinenleiter: Schiffsheizer (Ersatzmaschinenleiter) V. Auer; zum Bureaudiener: Schaffner J. Mühlaupt; zum Fortier: Bureaudiener W. Verberich; zum Bahnwärter: Ferdinand H. Wagner von Lindach.

* (Petitionen.) Das neunte Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen führt nur eine Eingabe aus dem Großherzogthum Baden auf; in derselben schließt der Vorschlagsverein von Langenbrücken sich der vom Abg. Schend überreichten Petition an, welche den Reichstag ersucht, die Bestimmungen im § 8 Absatz 2 und § 77 des Gefangenenrechts betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, soweit sie den Kreditgenossenschaften die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder verbieten und eine wiederholte Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot mit Auflösung bedrohen, nicht zu genehmigen.

□ Mannheim, 27. März. (Armenwesen. — Kreisversammlung. — Schwurgericht.) Nach dem Berichte der städtischen Armenkommission, welcher in der letzten Stadtratssitzung zur Berlesung gelangte, gingen im Monat Februar 619 M. 20 Pf. ein. Die Ausgaben im genannten Monat bezifferten sich: 1. für Wochengehälter an 197 Personen auf M. 1232.60; 2. für Mietzinse an 488 Personen auf M. 2180.—; 3. für Geschenke an 17 Personen auf M. 124.—; 4. für Unterhaltungen an 10 Personen auf M. 43.— und 5. für Pflanzgebelei für arme Kinder M. 1940.—. An Brod wurden 5333 Kilo für 307 Personen abgegeben, an Suppe für 137 Personen 6628 Portionen. — Die Kreisversammlung für den Kreis Mannheim findet nach Mittheilung des Kreispräsidenten Dienstag, den 16. April, im großen Rathhause hier selbst statt. — Die Schwurgerichtsverhandlungen für das erste Quartal 1889 haben an diesem Landgerichte gestern ihren Anfang genommen. Zur Verhandlung gelangen 10 Fälle. Bezüglich der Art der Verbrechen steht der Meist mit 3 Fällen an der Spitze. Die übrigen 7 Straffälle sind: Brandstiftung 2, Nothzuchtverstoß 1, betrügerischer Bankrott 2, Amtsunterschlagung 1 und Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode 1.

§ (Vorzugsheim, 27. März. Die „Sieben Schwaben.“ — Vortrag mit Ausstellung.) Wie erwartet werden konnte, hatten die beiden, Samstag und Sonntag stattgehabten Aufhebungen der Müllerschen Volksoper „Die sieben Schwaben“ durch den hiesigen „Männergesangsverein“ einen sehr hübschen Erfolg, der dem strebsamen Vereine, sowie namentlich dem Leiter desselben, Herrn Musikdirektor Mohr, zur Ehre gereicht. Sämmtliche Rollen waren gut besetzt und einzelne in drauzellerischer wie in gesanglicher Beziehung ganz trefflich. Auch die Frauen- und Männerchöre wurden in vorzüglicher Weise vorgetragen. Ebenso trugen die Kostüme und die neuen, durch Herrn Hoftheatermaler Dittweiler in Karlsruhe angefertigten Dekorationen wesentlich zur Erhöhung des Reizes bei. Nächsten Montag wird eine dritte Aufführung stattfinden. — Am Montag hielt im „Kunstgewerbeverein“ Herr Pfarrer Krieger von Bröggen noch einen Vortrag über die deutsche Kunst des 19. Jahrhunderts, und zwar über „die Jubiläumsausstellung in München 1888.“ Der Vortragende vorbereitete sich mit Bezugnahme auf eine vorausgegangene Ausstellung von Abteilungen aus der genannten Ausstellung über die neuere Kunstströmung, die einem nicht immer gefundenen Naturalismus sich zuneigte. In neuester Zeit machte sich zwar wieder eine mehr ideale Richtung geltend, was sich namentlich auch in den ausgestellten Gemälden religiösen Inhalts gezeigt habe. Redner besprach einzelne hervorragende, in München ausgestellt gemessene Gemälde näher und knüpfte hieran seine Beurtheilung. Derselben wurde zum Schluß seiner belehrenden Vorträge der wohlverdiente Beifall zu theil.

□ Offenburg, 28. März. (Vor dem hiesigen Schwurgericht) begann heute Morgen 9 Uhr die Verhandlung gegen den Mörder des Defan Förderer in Badr, den 25. Jahre alten katholischen Buchbindergehilfen Richard Ad a von Aach. Schon vom frühesten Morgen war das Gerichtsgebäude dicht umlagert von einer zahllosen Menschenmenge, und als kurz nach 8 Uhr der Mörder in einer Trofsche herbeigeführt wurde, mußten die ihn begleitenden Gendarmen alles aufhieten, um ihn vor der Menge zu schützen. Der Jubelreraum im Gerichtsfaal kann nur den kleinsten Theil der herbeigeströmten Menschen fassen, doch hat man für die Vertreter der Presse in suvorcommendierter Weise Plätze bereit gehalten.

Um 9 Uhr nahm unter dem Vorsitze von Herrn Landgerichtsrath Soll die Verhandlung ihren Anfang, zu der 36 Zeugen und 3 Sachverständige geladen waren. Der Mörder hat inmitten zweier Gendarmen auf der Anklagebank Platz genommen. Er macht den Eindruck eines verschlossenen Menschen. Die Anklagebehörde ist durch den ersten Herrn Staatsanwalt Kraus, die Verteidigung durch Herrn Rechtsanwalt Leonhard vertreten. Die Anklage richtet sich auf mit Ueberlegung am 23. Januar d. J. an Defan Förderer verübten Mord. Auf die Frage, was er auf die Anklage zu erwidern habe, sagte Ad a, sein Vater trage die Schuld daran, daß er zum Mörder geworden sei, er habe diese Meinung ihm eingeprägt, sein Leben habe er fast immer allein zugebracht, er sei davon ganz stumpsinnig geworden. Den Vorfall zum Verbrechen hatte Ad a bereits im Gefängniß gefaßt, wo er wegen Betrugs faß; als er dann auf freien Fuß gesetzt war, irrte er erst in der Stadt herum, um dann im Pfarrhaus einzufahren. Bei Defan Förderer vorgelassen, zeigte er ihm einen Zettel mit der Inschrift: „Schurke, Deine Stunde ist gekommen, rette Deine Seele!“, worauf er ihm sofort einen Stich in die Brust, und später, als ein Ringen entstand, noch mehrere in alle Theile des Körpers versetzte. Immer wiederholte Ad a bei seiner Vernehmung, er habe nur dem Befehle seines Vaters Folge geleistet, der ihm schon in seinem zwölften Jahre sagte, er solle nach Badr gehen und den Defan Förderer ermorden.

Als Ad a seine That vollendet, verließ er das Zimmer und rief der im Hause befindlichen Hauswälderin zu: „oben liegt er, der Nationalmissethäter.“ In einem früheren Verhör erklärte Ad a, er sei zwar katholisch, aber bekenne sich zur evangelischen Kirche, bei demselben Verhör hat Ad a den vorläufigen Mord im ganzen Umfange zugestanden, sein ganzes Wollen sei darauf geziel gewesen, daß Förderer sofort tot sein sollte. Entgegen seiner heutigen Aussage deponirte damals Ad a, er habe den Vorfall zur That erst wenige Tage vor der Vollführung derselben ge-

fast. Nach vollendeter Beirzeit ging Ada auf die Wanderschaft, wo er während 5 Jahren höchstens 2 Jahre arbeitete. Er wollte sich einmal in die Fremdenlegation aufnehmen lassen, „um von der Landstraße los zu kommen“. An den Erzbischof von Freiburg richtete Ada einen mit beleidigenden Ausdrücken überfüllten Brief, worin er um die Freiheit der Menschheit bat; als keine Verfolgung gegen ihn bewerkstelligt wurde, schrieb Ada ein zweites Schreiben ähnlichen Inhalts an den Herrn Erzbischof.

Ada sagt, er hätte keinen Grund gehabt, Förderer zu ermorden, wenn nicht immer das Wort seines Vaters „Du mußt in Jahr einen Mann ermorden“ ihm vorgeschwebt hätte. In der Voruntersuchung hat Ada zwar immer behauptet, sein Vater habe ihm schlechte Gefinnungen eingeprägt, doch die bestimmte Aussage, wie oben, hat er nie gemacht.

Als erster Zeuge wird die Krankenschwester Luise Schumacher von Kirrlach vorgerufen, die gerade bei der That im Hause war. Sie ließ Ada ein und als er wieder von oben herabkam, schimpfte Ada auf die Geistlichen und erklärte sich als Mörder. Er will sogar in einiger Entfernung vom Pfarrhaus gewartet haben, ob man ihn nicht verhaftete, was ihm am liebsten gewesen wäre.

Zeuge evangelischer Stadtpfarrer Wachs in Jahr besuchte den Ada im Gefängnis, wo dieser sich als evangelisch ausgab, als der Herr Stadtpfarrer ihm sagte, wenn er nicht evangelisch getauft sei, sei der katholische Pfarrer zuständig. Auf verschiedene Anfragen des Pfarrers antwortete Ada mit Schimpfen auf die katholische Geistlichkeit und als Herr Wachs ihm dies verwies, sagte Ada, es scheine ihm, daß die evangelischen Geistlichen gerade solche Pöbel seien, wie die katholischen.

Nach einem zur Verlesung gekommenen Zeugnis eines Mitreisenden, Jumenals Henn, hat Ada geäußert, er werde den Erzbischof oder einen andern Pfarrer tödten. — Auf dieses Zeugnis erklärt Ada, er hätte damals schon „wässerliches Blut“ gehabt.

Zeuge Polizeibehrer Wurtz von Jhenheim hat am 11. Januar Ada mit dem vorgenannten Henn verhaftet, da er sie beim Betteln antraf. Auch bei dieser Gelegenheit schimpfte Ada auf die Pfarrer, die alle „weg müßten, besonders der Herr Förderer“. — Ada stellt dies nicht in Abrede.

Zeuge Gendarm Schmelzinger befindet ebenfalls schimpfende Aeußerungen Ada's auch in Bezug auf staatliche Einrichtungen.

Zeuge Referendar Cron, der Ada wegen Bettels am 12. Januar vernahm, hat nicht den Eindruck eines geistig gestörten Menschen von Ada erhalten.

Zeuge Oberamtsrichter Eichrodt, vor dem Ada ebenfalls auf den Erzbischof und Förderer schimpfte, fragte Ada, was er denn damit meine, worauf Ada antwortete, Förderer brauche die deutsche Nation in seinem Blatte nicht „miserabel“ zu nennen. Auch von verschiedenen anderen Zeugen werden Schimpfereien auf die katholische Kirche und die Geistlichkeit bestätigt. Doch auch auf evangelische Pfarrer hat Ada gescholten. Er äußerte sich, er sei Sozialdemokrat, roth sei seine Farbe und man werde noch von ihm hören; entweder hänge er sich auf oder stelle etwas an, daß er in's Zuchthaus komme.

Zu Wirth Röhler in Jahr, der auch Buchbinder ist, kam Ada am 23. Januar und fragte nach Arbeit, diese war nicht vorhanden, aber Röhler gab ihm dann zu Essen. Ada beklagte sich sehr über schlechte Erlebnisse auf der Reise, man wolle ihn auch in die „Arbeitskolonie Kislau“ schicken, doch lieber wolle er in's Zuchthaus. Ada ging von Röhler weg mit der Bemerkung, „hier ist Nach“, wobei er ihm ein Buchbindermesser zeigte. Er sei Sozialdemokrat und Hölde und Nobiling seien seine Freunde. Röhler hieß seine Frau dann, als Ada fort war, nach der Polizei gehen, um Anzeige zu erstatten. Doch als diese eben wieder zurückkehrte, trat schon Ada hochgruldig erregt wieder ein und sagte, daß er die That vollbracht, daß er Förderer ermordet habe, dem er zweimal das Messer im Reibe und drehte und es dort stecken ließ. Als Ada, verhaftet, das Wirthszimmer verließ, sagte er zu Röhler „nun geht mir's Gott lob gut, es geht mir an den Hals“; die letzte Aeußerung stellt Ada lebhaft in Abrede.

Die Ehefrau Röhler bezeugt, daß Ada bei seinem früheren Aufenthalt sehr furchtsam gewesen und nie allein in einem Zimmer schlafen wollte. Im Uebrigen deden sich die Aussagen der Zeugin im Allgemeinen mit denen ihres Mannes. Ada hat die Zeugin nach der Wohnung Förderers gefragt.

Dem Zeugen Schummann Herzog, der Ada verhaftete, bekannte sich dieser sofort als Mörder. Ada äußerte, wenn er nur könnte, würde er es dem Papst und den Bischöfen geradezu machen. Gendarm Röttlinger gegenüber, der Ada im Gefängnis bemachte, äußerte dieser, es sei im Jahre 1878 in der Schlafkammer seines Vaters von einem Blutdokument, von Hölde und Nobiling verhandelt worden, dort seien auch die Pfarrer darunter gesteckt. Ada sagte auch, die Pfarrer sollten sich nicht um die Politik kümmern, die gehörten in die Kirche.

Dem Gendarm Frey gegenüber erklärte Ada, er würde es nicht mehr thun, wenn er es noch nicht gethan hätte. Ein andermal sagte er, er hätte eigentlich den evangelischen Pfarrer tödten sollen.

Zu Gendarm Schorer that Ada die Aeußerung, es würden noch mehr solche Fälle ihn folgen.

Das Zeugenerhör, auf dessen ferneren Verlauf wir noch zurückkommen werden, war um 1/4 Uhr beendet, worauf die Verhandlung bis 3/2 Uhr vertagt wurde.

W. Posen, 27. März. (Hochwasser.)

Die Warthe steigt noch stets rapide; ein Theil der Straßen der Unterstadt steht bereits unter Wasser. Die Feuerwehr errichtet Laufbrücken; ein ferneres Steigen ist sicher zu erwarten.

Kassel, 27. März. (Todesfall.) Der bekannte Militärchriftsteller und Erfinder des Ringzünders, Wilhelm v. Breithaupt, früher Oberstlieutenant in der österreichischen Armee, ist nach einer Malaria des „Schwäb. Merkurs“ im Alter von 80 Jahren hier gestorben. (Breithaupt war 1809 zu Kassel geboren, trat 1825 in den kurbayrischen Artilleriedienst und ging 1859 als Major in den österreichischen Dienst über, den er 1866 verließ. Seine Erfindung der Sicherung des ringförmigen Zeitzünders datirt aus dem Jahre 1854. Das Grundprinzip dieser Zünder ist bei der Artillerie aller größeren Heere zur Geltung gekommen. Breithaupt schrieb: Systematik des Zünderwesens [Kassel 1868]; das Sprenggeschloßfeuer [1877].)

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Offenburg, 28. März. (Privattelegramm.) Das Gutachten der Sachverständigen macht den Angeklagten

Ada für die Mordthat voll verantwortlich und erklärt ihn für nicht unzurechnungsfähig.

Berlin, 28. März. Seine königliche Hoheit der Erbgroßherzog von Baden traf heute früh um 10 Uhr 53 Min. hier ein und stieg im niederländischen Palais ab. Höchstpersönlich begrüßte alsbald die Kaiserin Augusta und später das Kaiserpaar und folgte alsbald einer Einladung der kaiserlichen Majestäten zur Frühstückstafel im königlichen Schlosse.

Berlin, 28. März. (Privattelegramm.) In dem Befinden des Generalstabsarztes Dr. v. Kauter ist der „Post“ zufolge jetzt eine entschiedene Wendung zum Besseren eingetreten.

Berlin, 28. März. Die Gerüchte über den Termin für die Verhandlungen der Beschwerdekommision über das Verbot der „Volkszeitung“ sind unzutreffend. Der Vorsitzende der Kommission bestellte sofort zwei juristische Mitglieder zu Referenten; erst nach Eingang des von denselben zu erstattenden Referats wird Termin für die Verhandlung anberaumt werden.

Berlin, 28. März. (Privattelegramm.) Nach einer Mitteilung von Seiten der Goethe-Gesellschaft findet die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft in Weimar am 13. Juni statt.

Berlin, 28. März. (Privattelegramm.) Die „Nationalzeitung“ meldet, daß in einer kleinen französischen Stadt gestern ein Duell zwischen dem österreichischen Grafen Jhoyos und dem bekannten Sportsmann Baltazzi stattfand, bei welchem Letzterer tödlich verwundet wurde.

Posen, 28. März. Die Ueberschwemmung innerhalb der Stadt gewinnt an Ausdehnung. Das Wasser, welches gestern Abend noch auf 3,64 Meter stand, ist gegenwärtig bereits auf 4,34 Meter gestiegen. Aus Pogorzelle wurde gestern Nachmittag ein Wasserstand von 5,30 Meter gemeldet. Infolge Dammbrochs bei Gogorowo fiel die Warthe 4,70 Meter, doch wird jetzt wieder ein Steigen des Wassers von Pogorzelle gemeldet.

Stuttgart, 28. März. (Privattelegramm.) Die angekündigte Vorlage betreffend die allgemeine Beamten-Besoldungsbesserung wird heute mit ausführlichen Motiven im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht. Hiernach sollen alle Gehälter um 5% aufgebessert werden, außerdem sollen alle diejenigen Beamten, welche keine Dienstwohnung haben, einen Wohnungsgeldzuschuß erhalten. Dieser beträgt in der Ortsklasse I 10% des ganzen Gehalts, in Ortsklasse II (die größeren Städte und Industrie-Zentren) 7%, in Klasse III, allen übrigen Orten 4%. — Die Begründung verweist hauptsächlich auf die besseren Besoldungsverhältnisse der Beamten in Baden, Bayern, Preußen, Sachsen und im Reich. Auch bei Bewilligung der jetzt beantragten Besoldungserhöhung würden die württembergischen Beamten immer noch um 10–20% hinter ihren anderen deutschen Kollegen zurückstehen. Die Besoldungserhöhung erfordert einen jährlichen Mehraufwand von 964 200 M. für die allgemeine Aufbesserung von 5% und einen solchen von 978 700 M. für die Wohnungsgelder.

Der heutige „Staatsanzeiger“ veröffentlicht ferner den Entwurf, betr. die Beschaffung von Geldmitteln für Eisenbahnbauten und Verbesserungen. Die Neubauten betreffen die Linien Keutlich-Nemningen, Wangen-Hergatz, Schramberg-Schiltach, Tuttlingen-Sigmaringen, sowie die mit Staatsunterstützung zu erstellenden Sekundärbahnen Nagold-Altensteig und Keutlingen-Münsingen (zunächst Keutlingen-Honau).

Bern, 28. März. Der Ständerath genehmigte mit 24 gegen 13 Stimmen den auf zehnjährigen Vorarbeiten beruhenden Gesetzentwurf betreffend die Einführung eines einheitlichen Beitreibungs- und Konkursverfahrens für die

ganze Schweiz. Vier Mitglieder des Bundesraths enthielten sich der Abstimmung.

Wien, 28. März. Das Herrenhaus genehmigte debattelos in zweiter und dritter Lesung das Loosperrgesetz.

St. Petersburg, 28. März. Nach einem Telegramm aus Tschardschui hat der Generalgouverneur von Turkestan, Generalleutnant Rosenbach, sich lediglich zu informativischen Zwecken gestern, begleitet von dem russischen diplomatischen Agenten in Buchara und buchharischen Würdenträgern, nach Kerk begeben.

Belgrad, 28. März. Gegenüber den Gerüchten bezüglich der Reise des Staatsraths Wassiljewitsch zur Königin Natalie kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß der Zweck der Reise nicht nur darin bestand, der Königin die Thronbesteigung des Königs Alexander anzuzeigen, sondern auch darin, der Königin die Bestimmungen mitzutheilen, welche König Milan bezüglich der Erziehung seines Sohnes, kraft des ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechtes, getroffen hat. Hierzu gehört die Bestimmung, daß König Alexander mehrmals im Jahre während seiner Studienreisen im Auslande mit seiner Mutter zusammenkommen könne. Nach dem der Regentschaft vorliegenden Briefe des Herrn Wassiljewitsch nahm die Königin diese Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis. Alle dem Vorstehenden widersprechenden Gerüchte werden von maßgebender Seite für unwahr bezeichnet.

Der Finanzminister Buitich arbeitet einen Plan zur Konversion der Staatsschuld aus, welchen er der nächsten Stupischina vorzulegen gedenkt. Um den zur Konversion nöthigen al pari-Kurs der serbischen Werthe zu erreichen, wird der Finanzminister bemüht sein, durch solides Finanzgebahren, durch eine Reduktion der Ausgaben auf das Nothwendigste, das Vertrauen der Kapitalwelt gewinnen. Die dem laufenden Budget vorzunehmenden 3/4 Millionen Ersparungen treffen hauptsächlich den Kriegsvorrath, wo nach Aussage des Kriegsministers leicht zwei Millionen zu ersparen sind ohne Reduktion des Effektivebestandes der Armee.

Beranwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 29. März. 45. Ab.-Vorst.: „Der Weilschensker“, Lustspiel in 4 Akten, von G. v. Moser. Anfang 1/27 Uhr.
Sonntag, 31. März. 46. Ab.-Vorst.: „Die Räuber“, Trauerspiel in 5 Akten, von F. v. Schiller. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.
Geburten. 25. März. Friedrich Heinrich, B.: Johann Berner, Schreiner. — Karl Oskar, B.: Wilh. Diefenbacher, Brauereibesitzer. — 26. März. Karl Friedrich, B.: Christ. Friedr. Schmidt, Feiger. — 27. März. Ludwig Johann, B.: Friedr. Ruf, Metzger. — Karl, B.: Karl Hubinger, Tagelöhner. — 28. März. Friedrich Hans von Stebbach, Landwirth hier, mit Luise Moninger von Gemmingen. — Josef Weber von hier, Schuhmacher hier, mit Luise Raag von Königsbad.
Todesfälle. 27. März. Friedrich Freiherr v. Krafft-Ebing, Bwr., Oberamtmann a. D., 81 J. — 28. März. Lina, 2 W., B.: Andreas Köner, Tagelöhner. — Christine, Ehefrau von Mechaniker Emil Schöber, 44 J.

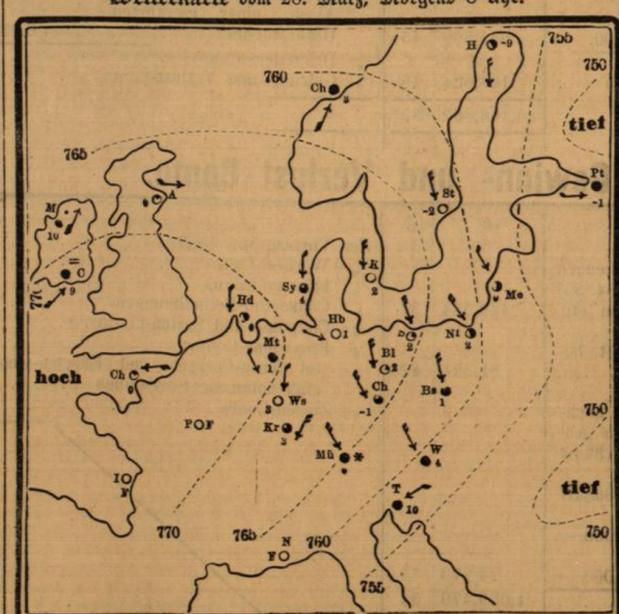
Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. max.	Therm. in O.	Relat. Feucht. in %	Windgeschw. in m	Wind	Witterung
27. Nachts 9 U. 1)	752.0	+ 5.0	5.3	81	SW	bedekt
28. Morgs. 7 U. 2)	757.4	+ 2.2	4.0	75	NE	„
28. Mitts. 2 U.	759.7	+ 6.6	3.3	46	„	f. bew.

1) Regen. 2) Regen = 1.0 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 28. März, Morgs., 4,15 m, gestiegen 20 cm.

Wetterkarte vom 28. März, Morgens 8 Uhr.



Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 28. März 1889.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichs-	108.30	Staatsbahn	204 3/4
anleihe	108.30	Kombarden	83 1/2
4% Preuß. Konf.	107.55	Galtzier	170.60
4% Baden in fl.	103.20	Elbthal	179. —
4% „ in M.	105.60	Medlenburger	144.30
Österr. Goldrente	93.50	Mainzer	112.20
Silber.	70.90	Rübed.-Wsch.-Hb.	175.60
4% Ungar. Goldr.	86.70	Gotthard	141.50
1877r. Russen	—	Weschnitz	169.15
1880r.	91.90	Wien	168.40
II. Orientanleihe	67.20	London	20.45
Italiener	96.50	Paris	80.95
Ägypter	88.80	Wien	168.40
Spanier	75.20	Napoleonsd'or	16.18
Serben	83. —	Privatdiskont.	2 1/8
Banken.		Wechsel und Cour.	
Kreditaktien	254 3/4	Alkali Westere.	—
Disconto-Kom-	240.10	Kreditaktien	254. —
mandit	240.10	Staatsbahn	203 1/4
Häster Banker.	158.70	Kombarden	83. —
Darmstädter Bank	173.70	Lombard:	still.
Baurabütte	138.20		
Dortmunder	96.70	3% Rente	85.70
Marienburg	83.40	Spanier	75 1/2
Böhm. Nordbahn	—	Ägypter	449. —
Lombard:	—	Ottomane	549. —
		Lombard:	

Uebersicht der Witterung. Die gestern erwähnte Furche geringen Druckes im Osten des Erdtheiles besteht fort; das barometrische Maximum, dessen Kern sich rückwärts gesenkt hat und nun über Südengland und Nordfrankreich liegt, hat weit nach Osten an Ausdehnung gewonnen, so daß vielfach Aufklaren erfolgt ist. Die noch andauernde nördliche Westströmung hat weiteres Sinken der Temperaturen veranlaßt. Im Westen Irlands kündigt sich ein neues Minimum an.

